

**Bundesgesetz** *Entwurf*  
**über die obligatorische Arbeitslosenversicherung  
und die Insolvenzschiädigung**  
**(Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)**

**Änderung vom ...**

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 27. Februar 2013,  
*beschliesst:*

I

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 90c Abs. 1*

<sup>1</sup> Erreicht der Schuldenstand des Ausgleichsfonds Ende Jahr 2,5 Prozent der von der Beitragspflicht erfassten Lohnsumme, so muss der Bundesrat innert einem Jahr eine Gesetzesrevision für eine Neuregelung der Finanzierung vorlegen. Er erhöht vorgängig den Beitragssatz nach Artikel 3 Absatz 2 um höchstens 0,3 Lohnprozent und stellt den Lohnanteil ab dem Höchstbetrag des versicherten Verdienstes unter die Beitragspflicht. Der Beitrag für diesen Lohnanteil darf höchstens 1 Prozent betragen.

II

**Übergangsbestimmung zur Änderung vom 19. März 2010  
des Arbeitslosenversicherungsgesetzes**

*Aufgehoben*

**Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...**

Bis zum Jahresende, an welchem das Eigenkapital des Ausgleichsfonds abzüglich des für den Betrieb notwendigen Betriebskapitals mindestens 0,5 Milliarden Franken erreicht, wird auf dem Lohnanteil ab dem Höchstbetrag des versicherten Verdienstes

<sup>1</sup> SR 837.0

ein Beitrag von 1 Prozent erhoben; die Kompetenz des Bundesrates, auf diesem Lohnanteil einen Beitrag von höchstens 1 Prozent nach Artikel 90c Absatz 1 zu erheben, entfällt.

### III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.